

Der Rundbrief



für ver.di Aktive im OV Saar

Ausgabe 17/24 (Nr.23) am 3.10.24

Nächstes Treffen am 10. Oktober:

Gruppe trifft sich im DGB-Haus

Unsere nächste Sitzung am 10. Oktober um 18 Uhr findet im DGB-Haus in der Fritz-Dobisch-Straße Nr. 5 in Saarbrücken, Sitzungssaal im Erdgeschoss, statt.

Da am 10. Oktober im ver.di-Haus eine wichtige Veranstaltung zu der kommenden Tarifrunde im Öffentlichen Dienst (siehe dazu Artikel in diesem Rundbrief) stattfindet, findet unsere Oktobersitzung diesmal im Gewerkschaftshaus in der Fritz-Dobisch-Straße statt. Es wäre schön, wenn wir uns sehen.



Unser Dach:

Rainer und Timo in gemeinsamer Sache

Am 30. September traf sich unser Vorsitzender Rainer Tobae mit Timo Ahr vom DGB. Sie sprachen in einer solidaren, entspannten und offenen Atmosphäre über gewerkschaftspolitische Aufgaben in der heutigen Zeit.

Rainer überbrachte Timo eine Einladung für eine Veranstaltung in der ver.di Gruppe. Man vereinbarte, dass Timo Ahr am 9. Januar 2025 zu uns kommen wird. Inhaltlich wollen wir über die Aufgaben der Gewerkschaften zu den Fragen Krieg und Frieden diskutieren.

Tarifrunde ÖD:

Tarifkommission stellt Forderung auf

Am 9. Oktober 2024 kommen die gewählten Mitglieder der ver.di-Bundestarifkommission ö.D. zusammen und beschließen die konkreten Forderungen für die Tarifrunde öffentlicher Dienst Bund/Kommunen 2025, die im Januar für die rund 2,5 Millionen Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen startet.

Was konkret gefordert werden soll, entscheiden die Mitglieder. Neben den Mitgliederversammlungen in den Betrieben, Dienststellen

Unser Ortsverein befasste sich am 8. August ausführlich mit der Tarifrunde. Am 10. Oktober beraten die Vertreter der betroffenen Dienststellen und Betriebe im Bezirk, um die nächsten Schritte festzulegen. Alle erwarten keine einfache Tarifrunde.

Bis zum Start der Tarifverhandlungen am 24. Januar 2025 kommt es darauf an, in einem bundesweiten Stärketest zu zeigen, mit wie viel Power sich unsere Kolleg*innen in den Dienststellen und Betrieben hinter diese Forderungen stellen. Aktuell werden noch Tarifbotschafter*innen gesucht. Sie sind aus erfolgreichen ver.di-Tarifaufeinandersetzungen nicht mehr wegzudenken. Sie werden regelmäßig direkt von der ver.di-Verhandlungsführung über alle aktuellen Entwicklungen informiert und halten den direkten Kontakt zu den Kolleg*innen in ihren Dienststellen und Betrieben.



und Bezirken gab es eine große Befragung, deren Ergebnisse der Bundestarifkommission ö.D vorgelegt werden.

Ab Juni lief die große Forderungsdiskussion in ver.di für die Tarifrunde. Welche Forderungen sollen wir aufstellen, so die Frage, die wir nicht nur auf Deutsch, sondern auch auf Englisch, Spanisch, Türkisch, Polnisch, Rumänisch, Bulgarisch, Russisch, Griechisch, Arabisch und Farsi stellten. Unser Herangehen geht davon aus, dass man nur dann etwas durchsetzen kann, wenn sich viele daran beteiligen. Zusammen geht mehr, so lautet das Motto. Wir nennen das Stärke aufbauen.

152.175 Kolleginnen und Kollegen nahmen bundesweit an dieser Befragung teil, in der Region Saar-Trier waren es immerhin 2.604. Bei der **Arbeitsverwaltung Saarland** wurden 16% Teilnehmende und beim **ZKE** 12% Teilnehmende gezählt. Die **Ordnungsämter im Saarland** waren mit 9% Teilnehmende, die **Landeshauptstadt Saarbrücken** mit 8% Teilnehmende und die **Kreisstadt Neunkirchen** mit 6% Teilnehmende dabei.

Immer informiert:

Bleib dem Laufenden

Abonniere unsere Social Media und Messenger-Kanäle. Für alle Interessierten gibt es unsere Messenger-Kanäle bei Telegram, Signal und Threema mit Infos, Materialien, Neuigkeiten von euch und für euch.

Was ihr dafür tun müsst? Ladet euch die entsprechende App herunter, meldet euch an einem unserer ver.di-Messenger-Kanäle an und erhaltet unsere Nachrichten im bevorzugten Messenger auf eurem Smartphone.

Telegram: Um unseren Atmosphäre in Telegram zu finden, öffne die App und gib ins Suchfeld "verdiOfficialBot" ein (alternativ: "ver.di"). Klicke dann auf "Starten" um unseren ver.di Kanal zu abonnieren.

Signal: Klicke auf den Button "Signal", um Signal zu öffnen. Öffne einen Signal Chat an die Nummer +4915792351752. Schreibe uns START.

Wenn Du magst, füge diese Nummer Deinem Adressbuch hinzu oder lade Dir die Visitenkarte herunter.

Threema: Klicke auf den Button "Threema", um Threema zu öffnen. Es öffnet sich ein Threema Chat. Schreibe uns START.

Friedensdemonstration:

Nein zu Krieg und Hochrüstung

Der Ortsverein Saar der ver.di hatte wie viele andere zur Demonstration am 3. Oktober nach Berlin aufgerufen. In drei Demonstrationssägen demonstrierten die Friedensbewegten durch die Bundeshauptstadt.

Etwa 40.000 Friedensfreunde versammelten sich am Feiertag in der Bundeshauptstadt. Der Aufruf „Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität“ wurde von 1.753 Gruppen und Einzelpersonen bundesweit unterzeichnet. Unter den Unterstützern auch der OV Saar der ver.di.



So unterschiedlich die verschiedenen Organisationen, so klar die Botschaft: Verhandlungen zu einer sofortigen Beendigung der Kriege in der Ukraine und in Gaza, keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt. Das massenhafte Töten muss endlich gestoppt werden! Wir müssen verhindern, dass neue Raketen und Hyperschallwaffen gegen Russland in Deutschland stationiert werden.

„Frieden schaffen ohne Waffen“ stand auf Schildern und „Raus aus der Nato“.

Wir Gewerkschafter sind in großer Sorge, weil die Krisen- und Aufrüstungslasten auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung abgeladen werden. Im unterzeichneten Aufruf hieß



es: „Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine 'neue' Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen.“

Man war sich bei aller Unterschiedlichkeit einig. Kein Weiter so! Wir sind nicht kriegstüchtig! Und so beeindruckte die Unterschiedlich-



keit der Rednerinnen und Redner besonders auf der Abschlusskundgebung, wo die Publizistin und Autorin Wiebke Diehl und Schauspielerinnen Jutta Kausch das Mikrophon an die Rednerinnen und Redner Peter Gauweiler





(CSU), Gesine Löttsch (MdB, Die Linke), Ralf Stegner (MdB, SPD), Sahra Wagenknecht (MdB, BSW), Joshua Müller (IG Metall Jugend), Iris Hefets aus dem Vorstand der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, die deutsch-palästinensische Rechtsanwältin Nadija Samour sowie Reiner Braun (für die Veranstalter) zu übergeben hatten.

Tenor: Die Friedensbewegung sei immer ein Sammlungsbecken mit unterschiedlichen Akteuren gewesen. „Bei allen Unterschieden war es immer ein ehrenhaftes Unterfangen, für den Frieden auf die Straße zu gehen.“

Schon bei den Auftaktkundgebungen war die Breite der Teilnehmenden zu vermerken. Unser ver.di-Kollege Olaf Harms vom Präsidium des Gewerkschaftsrates sprach auf der Auftaktkundgebung in der Rathenower Straße. Er warnte vor einer Erhöhung der Kriegsgefahr, wenn in Deutschland atomwaffenfähige Raketen stationiert würden, und forderte: Atomwaffen raus.

Angelika Claussen war für die ärztliche Friedensorganisation IPPNW gekommen, Andrea



Die Breite hatte aber schon im Vorfeld auch zu Auseinandersetzungen geführt. So wollten einige aus der Regierung, dass der Sozialdemokrat Ralf Stegner nicht spricht. Er wollte aber den Frieden nicht Wagenknecht und anderen allein überlassen. Und so gab es aus der SPD einen eigenen Aufruf zur Demo, unterschrieben unter anderen vom ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, aber auch vom Ex-Parteichef Norbert Walter-Borjans.



Hornung vertrat das Jugendbündnis „Nein zur Wehrpflicht“ und Alev Bahadir die DIDF. Mit dabei auch Christiane Reymann von Frieden links, Ingrid Pfanzelt von Macht Frieden und der MdB a.D. Michael Müller von den Natur-Freunden .

Auch die Kultur kam nicht zu kurz. Das Musikprogramm bot Claus Vaith sowie die Musikgruppe The Invisible Swans, Gizem und Tino Eisbrenner, Pablo Miró und S. Castro.

Demo-Organisator Reiner Braun forderte von



der Bühne am Großen Stern rund um die Siegesssäule ein Ende des Mordens in Gaza und Libanon. Zur Einstimmung war zuvor der Rapper S. Castro aufgetreten, er sang Zeilen wie „Wir übersehen den Hitlergruß in Kiew, weil man uns den Verstand verbannt“.



Die meisten Kundgebungsteilnehmer hatten Respekt vor dem Mut des SPD-Abgeordneten Ralf Stegner. Sein Kollege Michael Roth, nach dessen Willen gar nicht genug Waffen in die Ukraine geliefert werden können, hatte gleichzeitig in Berlin zu einer Gegendemonstration



mit Ukraine-Fahnen gerufen und sich für die weitere Unterstützung der Ukraine ausgesprochen. Natürlich überwog bei den Demonstranten die Enttäuschung über die SPD, aber es ist erfreulich, wenn auch von Mitgliedern dieser Partei ein Ende des Krieges in der Ukraine



durch eine diplomatische Lösung angestrebt wird. Auch der frühere CSU-Bundestagsabgeordnete



te Peter Gauweiler sprach auf seiner ersten Friedensdemo überhaupt. Er halte es „für hellen Wahnsinn, jetzt Raketen nach Russland reinschießen zu lassen“, sagte Gauweiler unter Beifall. Ein Brand sei nicht mit Benzin zu löschen, betonte er mit Blick auf deutsche Waffenlieferungen für die Ukraine.

Besonders viel Beifall gab es als Sarah Wagenknecht den Schriftsteller Erich Maria Remarque mit den Worten zitierte: „Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“ Das Zitat bezog Wagenknecht auf Politi-



ker der Ampel, wie den Grünen-Politiker Anton Hofreiter und Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP. Sie sprach von „Kriegser-tüchtigkeitsmaulhelden“, die sich zu einem Bataillon zusammenschließen und selbst im Krieg beweisen sollten.

„Wir sehen heute, die Friedensbewegung lebt“, rief die Linken-Politikerin Gesine Löttsch von der Bühne. Das war auch die Überzeugung der Demonstranten, die zum Abschluss gemeinsam „We shall overcome“ sangen.

Der Ernstfall

Sie trafen sich am 20 September im Schloss Oranienstein in Diez an der Lahn. „Sie“ - das waren Ärzte der Ärztekammer des Saarlandes gemeinsam mit ihren Standeskollegen aus Hessen und Rheinland-Pfalz in Kooperation mit dem Kommando Regionale Sanitätsdienstliche Unterstützung und dem Landeskommmando Hessen der Bundeswehr. Der Titel des Symposiums: „Im Ernstfall: Was bedeutet Kriegsmedizin?“

Das Programm umfasste Vorträge hochrangiger ärztlicher Vertreter des Sanitätsdienstes der Bundeswehr sowie der berufsgenossenschaftlichen Unfallkliniken in Hessen, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, praktische Übungen mit Tourniquets (Abbindesysteme zur Blutstillung) und zur Dekontamination toxischer Substanzen.

Nachdem Verteidigungsminister Boris Pistorius vor gut einem Jahr die Kriegstüchtigkeit der deutschen Gesellschaft einforderte, sprang ihm auch der Gesundheitsminister Karl Lauterbach zur Seite und forderte auch im Gesundheitswesen eine „Zeitenwende“. Man müsse sich für militärische Konflikte besser aufstellen. Um das Gesundheitswesen auf Vordermann zu bringen, kündigte er ein entsprechendes Gesetz an.

Für die Vorbereitungen im Gesundheitswesen sollen die Bundesländer „ergänzende Maßnahmen zur gesundheitlichen Versorgung im Verteidigungsfall ... planen. Sie ermitteln insbesondere die Nutzungs-, Erweiterungs- und Ersatzmöglichkeiten der vorhandenen Einrichtungen und Dienste sowie den voraussichtlichen personellen und materiellen Bedarf. Dabei werden auch mögliche CBRN-Gefahren berücksichtigt.“ Mit CBRN sind chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren gemeint.

Im Saarland hatte im Frühjahr ja schon ein Oberst Staab in der Saarbrücker Zeitung uns auf die Aufgaben vorbereitet, wenn im großen Umfang Militär und Gerät vom Westen in den Osten geschafft werden muss und gleichzeitig die Verwundeten von der Front zurück in unseren Krankenhäusern zu versorgen sind. Die Toten lassen wir offenbar direkt an der Front, vermerkte unser Mitglied Michael Quetting sarkastisch in einem Leserbrief ebenda. Wie das im besten Fall hinterher aussieht, könne man ja in Verdun oder Duchowschtschina be-

sichtigen. Die Betreuung könne dann ja die Deutsche Kriegsgräberfürsorge übernehmen. In Diez sprach man offen über diese Probleme, denn eine solche Situation verlangt jede Menge Ärzte, Pflegepersonal und medizinisches Fachpersonal. Das Gesundheitswesen müsse den militärischen Anforderungen genügen. Deswegen müsse man üben, wie man mit einem Massenansturm an Verletzten und Sterbenden umzugehen hat.

Kooperationen werden geplant, um mehr Verständnis in der Gesellschaft für die Bundeswehr zu schaffen. Für die Kriegstüchtigkeit werde ein gut ausgebildeter Sanitätsdienst gebraucht. Die Militärärzte müssen auf „high end level“ sein. Als Beispiel wurde eine komplexe Schussverletzung der Leber benannt. Um diese beherrschen zu können, müsste zuvor eine umfangreiche Erfahrung in der Tumorchirurgie der Leber erworben worden sein. Um diese komplexen Eingriffe zu üben, benötigen die Bundeswehr-Krankenhäuser die Leistungsgruppen für die Spitzenversorger. Folglich wird die Verzahnung zwischen diesen Häusern und den Unikliniken vorangetrieben.

Professor Masala von der Bundeswehruniversität ist sich sicher, dass die Zeit des Friedens für uns endgültig vorbei ist. Das gesamte Gesundheitswesen habe den Streitkräften zuzuarbeiten. Da gibt es keine Kooperation auf Augenhöhe. Das Militär bestimmt dann, was zu tun ist.

Na denn.

Die 150 Teilnehmer an dieser Kriegsmedizin-Veranstaltung hörten ergriffen zu. Allerdings muss jedem klar sein: Beschäftigte und das Gesundheitswesen insgesamt werden die Bevölkerung im Falle eines Atomkrieges nicht helfen können. Die enge Verzahnung des Militärischen mit dem Gesundheitswesen führt aber schon heute zu einer Bedrohung für die medizinische Versorgung.

Veranstaltung am 11. Oktober

Arbeiterwiderstand im Dritten Reich

Die VVN-BdA hätte gerne mit ver.di eine Veranstaltung zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes durchgeführt. Da aber der Vorstand vorher nicht mehr zusammen kam, bleibt uns nur, auf die Veranstaltung aufmerksam zu machen.

Unser Mitglied Karl-Heinz Kesternich überraschte uns auf unserem Treffen am 12. September am Tabaksweiher in Saarbrücken mit der Idee zu einer Veranstaltung zum Arbeiterwiderstand im „Dritten Reich“. Kollege Karl-Heinz ist auch in der VVN-Bund der Antifaschisten aktiv und er wollte gerne die Veranstaltung mit dem Historiker Ulrich Schneider gemeinsam mit ver.di durchführen. Aber da wir keine beschlussfähige Versammlung waren, sondern nur uns zwanglos trafen, war das leider nicht möglich. Die Anwesenden nahmen aber die Einladung gerne entgegen, weswegen sie hier auch Erwähnung findet.



Dr. Ulrich Schneider:



Widerstand

Freitag, 11.10.2024
18:30 Uhr

Salon Rosa Veranstaltungsraum
Futterstraße 17-19 Saarbrücken

Antifaschistischer Widerstand ist bereits in der historischen Betrachtung des Dritten Reiches oftmals unterbelichtet und wird kaum in Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung gebracht.

In Zeiten einer Rechtsentwicklung ist es heute keine Minute zu früh, aus historischen Erfahrungen zu lernen, um besser auf aktuelle Herausforderungen reagieren zu können.



Eine Veranstaltung der VVN-BdA Saar  VVN-BdA
V.V.S.d.M. Karl Heinz Kesternich, VVN-BdA Futterstr. 17-19 Saarbrücken- Eigenruck

Antifaschistischer Widerstand ist bereits in der historischen Betrachtung des Dritten Reiches oftmals unterbelichtet und wird kaum in Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung gebracht.

Ulrich Sander hat dazu ein Buch geschrieben und stellt das am Freitag, 11. Oktober um 18 Uhr im Salon Rosa in der Futterstraße 17-19 in

Saarbrücken vor.

In der bundesdeutschen Geschichtsschreibung gedachte man lange Zeit vor allem der Wehrmachtsoffiziere des 20. Juli oder des studentischen Widerstands um die ›Weiße Rose‹. Doch waren es zuallererst Angehörige der Arbeiterbewegung, die sich dem Regime entgegenstellten. Es geht um den Kampf gegen den aufkommenden Faschismus, wobei die Spaltung der Arbeiterbewegung deren Kräfte behinderte. Mit der Etablierung des NS-Regimes begann man, Verfolgten bei der Flucht zu helfen, Netzwerke aufzubauen und eine antifaschistische Praxis unter den Bedingungen der Illegalität zu entwickeln.

Während des Krieges bildeten sich neben den bisherigen Gruppierungen auch parteiübergreifende. Im Exil entwickelten Sozialdemokraten und Kommunisten ihre Analysen zum Faschismus weiter und entwarfen Pläne für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland für die Zeit nach der Befreiung.

Dr. Ulrich Schneider ist Historiker, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) sowie ehemaliger Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

Im Anschluss berichtet die saarländische Historikerin und ver.di-Mitglied Dr. Inge Plettenberg (Mitglied der VVN-BdA- Saar) noch über den Widerstand in unserer Region.



Veranstaltung für 14.11. geplant

Wir wollen den Frieden gewinnen

Nach der Demonstration am 3. Oktober in Berlin wollen wir uns über die Rolle der Gewerkschaften in der Friedensbewegung unterhalten und laden dazu ganz herzlich alle Interessierten ein.

Wir haben deshalb eine bekannte gewerkschaftliche Friedensaktivistin nach Saarbrücken eingeladen.



Unsere Referentin Ulrike Eifler gehört mit Prof. Dr. Peter Brandt (Historiker), Reiner Braun (Intern. Friedensbüro), Anke Brunn (Landesministerin a.D.), Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin (Bundesjustizministerin a.D.), Bärbel Dieckmann (Eh. Präsidentin Welthungerhilfe), Mi-

chael Müller (Parl. Staatssekretär a.D.), Helga Schwitzer (ehem. gv Vorstand IG Metall), Jörg Sommer (Vors. Deutsche Umweltstiftung) und Willi van Ooyen (Bundesausschuss Friedensratschlag) zu den Erstaufzurfern der Initiative „Nein zu Deutschland als Kriegspartei - Nein zu neuen Mittelstreckenraketen“. Sie ist Herausgeberin des Buches „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg“.

Ulrike Eifler studierte in Marburg Politologie und Sinologie. Im Anschluss arbeitete sie als Journalistin. Von 2009 bis 2019 war sie in unterschiedlichen Funktionen als Gewerkschaftssekretärin für den DGB tätig, zuletzt als Geschäftsführerin der DGB Region Südosthessen. Von 2019 bis 2020 leitete sie das Auslandsbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Genf mit dem Schwerpunkt Internationale Gewerkschaftspolitik. Aktuell arbeitet sie als Gewerkschaftssekretärin in Würzburg. Sie ist Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft in der Partei DIE LINKE.



Neunkircher Gebläsehalle:

Die Alten ehre stets

Der Bezirk Region Saar-Trier der ver.di ehrte am 1. Oktober in guter Tradition langjährige saarländische Mitglieder für ihre Treue und ihr Engagement in der Gewerkschaftsbewegung.

In einem feierlichen Rahmen wurden in der Neunkircher Gebläsehalle Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für 25, 40, 50, 60, 65, und 70 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Zu Beginn begrüßten Bezirksgeschäftsführer Thomas Müller und die Bezirksvorsitzende Susanne Kasztantowicz die Jubilare. Ein besonderer Dank ging an die Kolleg*innen des Lohnsteuerservice, die auch eingeladen waren.



Der stellvertretende Geschäftsführer Christian Umlauf führte kurz-

weilig in die geschichtlichen Ereignisse der jeweiligen Jubeljahre ein und interviewte verschiedene Kolleginnen und Kollegen zu ihren Gründen des Gewerkschaftseintritts. Musikalisch wurde die Veranstaltung stimmungsvoll von der vielseitigen Sängerin Hannah Cottone gestaltet.

„Einszweidrei, im Sauseschritt // läuft die Zeit; wir laufen mit.“ Man musste an diesen Vers vom Dichter und Zeichner Wilhelm Busch den-



ken, wenn man sich die Zeitreise vor Augen führte, die die Geehrten erlebt haben. Sie haben versucht ihre Zeit mit zu gestalten.

1949 wurde die Bundesrepublik und die DDR gegründet, das Land war geteilt und Frontstaaten im Kalten Krieg. Das Saarland hatte 1947 eine eigene Verfassung und eine eigene Staatsbürgerschaft erhalten, wirtschaftlich wurde das Saarland an Frankreich angeschlossen und in den französischen Währungsraum einbezogen.

1954 wurde die Fußballnationalmannschaft der BRD Weltmeister, vorher mussten sie sich allerdings gegen das Saarland durchsetzen. Unsere Kanutin Therese Zenz errang als Saarländerin 1954 im Einer-Kajak die Weltmeisterschaft. Dies war das erste und einzige Mal, dass ein Teilnehmer eines saarländischen Teams Weltmeister wurde und bei Weltmeisterschaften die Flagge des Saarlandes gehisst wurde.



Im Rahmen der Pariser Verträge kam es am 23. Oktober 54 zum Saar-Statut, das faktisch

die Lostrennung von Deutschland bedeutete. Als der Wortlaut des Statuts Ende Oktober 1954 bekanntgegeben wurde, reagierten die



Parteien in sehr unterschiedlicher Weise. Adenauers CDU war natürlich hoch zufrieden, die Bonner FDP lehnte das Abkommen jedoch ab. An der Saar war die Kommunistische Partei dagegen, aber Johannes Hoffmann und seine CVP sowie die SPS waren



sehr erfreut. Hoffmann bedankte sich bei Konrad Adenauer für die Aushandlung des Saarstatuts noch am Abend des 23. Oktober 1954 in



einer begeisterten Ansprache über Radio Saarbrücken. Die Abstimmung brachte dann allerdings ein eindeutiges Ergebnis: 67,7 Prozent votierten gegen das Statut. Erst 1956 beschloss der Landtag den Anschluss an die



BRD.

Vor 65 Jahren 1959 kam es zum Tag X, dem 6. Juli, die DM wurde eingeführt und wir verließen die Währungsunion mit Frankreich. Für die Saarländer vollzog sich die Rückgliederung nicht in allen Bereichen reibungslos. Die hohen, an das französische System angelehnten Sozialstandards, mussten den Standards der Bundesrepublik weichen. Auch erwies sich die saarländische Wirtschaft als nicht konkurrenzfähig genug für den bundesrepublikanischen Wettbewerb, sodass über



100 saarländische Firmen den schwierigen Übergang nicht überlebten. Im November 59 verabschiedete die SPD das „Godesberger Programm“. Die SPD vollzog damit einen programmatischen Wandel und distanzierte sich vom Marxismus.



und distanzierte sich vom Marxismus.





1964, also vor 60 Jahren, traf der millionste Gastarbeiter in Köln ein. Der Portugiese Armando Rodriguez erhält bei seiner Ankunft ein Moped als Geschenk. Vor 50 Jahren 1974 werden die „ständigen Vertretungen“ der Bundesrepublik Deutschland (Berlin, Hauptstadt der DDR) und der DDR (Bonn) eröffnet.

1984 beginnt am 12. April der Streik der Drucker für die 35-Stunden-Woche. Am 14. Mai folgen die Kolleginnen und Kollegen



der IG Metall. Zehntausende Metaller legen ihre Arbeit nieder, die Metallarbeitgeber antworten mit Aussperrungen. Sieben Wochen dauert bei den Metallern der Ausstand, dann gelingt der Einstieg in die 38,5 Stunden-Woche.



Die Jüngsten wurden für 25 Jahre geehrt. 1999 kommt es zum Nato-Krieg gegen Jugoslawien. Von März bis Juni fliegen NATO-Kampflugzeuge Luftangriffe auf Ziele in Serbien, dar-



unter sind 14 deutsche Tornado-Flugzeuge – ohne Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UN). Es handelt sich um einen Angriffskrieg, der laut Grundgesetz verboten ist. Der frühere CDU-Parteivorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl gesteht während eines Fernsehauftritts ein, zwischen 1993



und 1998 Spenden von 1,5 bis 2 Millionen Mark angenommen und nicht ordnungsgemäß verbucht zu haben. Die Namen der anonymen Spender will er nicht nennen.

„Man sucht sich die Zeit nicht aus, in der man die Welt betritt, aber muss Spuren hinterlassen in seiner Zeit. Seiner Verantwortung kann sich niemand entziehen,“ so schrieb Gioconda Belli.



Unsere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben Spuren hinterlassen und haben versucht, diese Welt mitzugestalten, indem sie mit ihrer Gewerkschaft das versucht haben zu leben, was wir Solidarität nennen. Da schmeckte das grandiose, reichhaltige und gemeinsame Essen besonders gut. In Neunkirchen wurde eine würdige Veranstaltung durchgeführt.



ver.di will Brückenfinanzierung

Klinik-Krise sofort stoppen

Anlässlich der Ausschussberatung im Bundestag am 25. September 2024 forderte ver.di deutliche Nachbesserungen am Entwurf des sogenannten Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes.

„Die Reform muss endlich leisten, was über Jahre politisch und gesetzlich versäumt wurde und zur jetzigen existenzgefährdenden Krise vieler Kliniken geführt hat“, heißt es in der Stellungnahme. Die akuteste Forderung: „Das fortgesetzte, ungesteuerte Kliniksterben muss gestoppt werden, wozu Soforthilfen für die inflationsbedingt in Not geratenen Krankenhäuser unabdingbar sind.“

„Wenn nicht bald eine Brückenfinanzierung für wirtschaftlich angeschlagene Krankenhäuser kommt, droht ein Kliniksterben mit fatalen Folgen für die flächendeckende Versorgung“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. „Die planlose Schließung von Abteilungen und ganzen Kliniken muss gestoppt werden, Bund und Länder müssen endlich handeln.“ Positiv sei zwar, dass Tariferhöhungen künftig



bei allen Krankenhausbeschäftigten bereits im laufenden Jahr und vollständig ausgeglichen werden sollen. Die geplante Ausgestaltung der sogenannten Vorhaltebudgets kritisiert ver.di jedoch deutlich. Diese bedeute „keine vollständige Abkehr vom DRG-System“, obwohl die Klinikfinanzierung über Fallpauschalen (Diagnosis Related Groups, DRG) erwiese-

nermaßen zahlreiche Fehlanreize beinhalte. Heftige Kritik entzündet sich auch daran, dass der Bundesanteil zum Transformationsfonds nicht aus Steuern, sondern aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) finanziert werden soll. „Mit einem bereits heute festgestellten Finanzdefizit der GKV von zirka 2,2 Milliarden Euro sind weitere Beitragssatzsteigerungen zu Lasten der Beschäftigten und Beitragszahlenden unausweichlich, wenn der Gesetzgeber den Irrweg einer nicht sachgerechten Querfinanzierung des Transformationsfonds aus GKV-Mitteln weiterverfolgt“, stellt ver.di fest.

Dass die gesetzlich Versicherten einen Großteil der für den Umbau der Krankenhauslandschaft notwendigen Investitionen bezahlen sollen ist weder sachgerecht noch sozial“. Bühler machte darauf aufmerksam, dass die Versicherten ihre Beiträge für die Gesundheitsversorgung und nicht für die Infrastruktur bezahlen. Und dass Privatversicherte, die in der Regel deutlich besser verdienen, nicht herangezogen würden, verschärfe die Ungleichheit. Die Weiterentwicklung der Krankenhaus-Infrastruktur komme allen Menschen zugute, sie müsse von Bund und Ländern aus Steuern finanziert werden, betonte das ver.di-Bundesvorstandsmitglied.

Bezirksvorstand:

Kritik an unserem Rundbrief

Im Rahmen des gewerkschaftlichen Situationsberichtes auf der Bezirksvorstandssitzung am 4. September 24 gab es auch von Seiten des Bezirkspräsidiums Kritik an der Berichterstattung des Rundbriefes unseres Ortsvereins. Inhaltlich ging es um den 1. September, unsere Aktion und den Bericht darüber. Es hatten sich wohl Kollegen beschwert, die eigentlich gar keine Abonnenten des Rundbriefes sind. Michael Quetting wies die Kritik zurück und begrüßte aber eine darüber zu führende inhaltliche Debatte. Vereinbart wurde, dass man sich seitens des OV-Vorstandes mit dem Präsidium aussprechen will, um Missverständnisse in Zukunft zu minimieren.

An der Bezirksvorstandssitzung nahm diesmal von unserer Seite nur Michael Quetting teil, da Monika Guss entschuldigt war.

Neben dem Bericht wurde über einen Büroumzug in Trier, über die Terminplanung zur nächsten Konferenz 2026, zu Fragen des Rechtsschutzes, zur Novellierung des SPersVG und weiteren Fragen berichtet. Auch die Finanzen und Mitgliederentwicklung standen auf der Tagesordnung.